

Offizielle



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9., Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1555, 1565, 7482, 7500, für Ferngespräche Amt Zentrum 10442, 10641.

Die Konservativen gegen Staatssekretär Delbrück.

Der Staatssekretär Delbrück ist bei den Konservativen in Ungnade gefallen. Ihre Presse veranlaßt gegen ihn ein Reflektieren, als sei es die höchste Zeit, ihn zur Strecke zu bringen. Weßhalb? Wer die Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts kennt, wird die Antwort wissen, auch wenn er die Verhandlungen des Reichstags nicht verfolgt und keine Zeitung gelesen hat. Die Rechte lebt vom roten Gespenst. Nicht erst seit es eine Sozialdemokratie gibt. Das war schon unter Friedrich Wilhelm IV. Der König mußte an den Glauben verlesen werden, daß der Thron bedroht sei, daß er keine höhere Aufgabe habe, als die Revolution zu bekämpfen, daß er keinen andern Schutz finde als bei den Rittern und Heiligen, und dann war es selbstverständlich, daß den Rittern der gebührende Lohn zufalle, in Gestalt von Ämtern, Prämien und maßgebendem Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung.

Dazumal sollten die Liberalen und Demokraten den Umsturz betreiben. Jetztutage wendet sich die reaktionäre Partei zwar zunächst gegen die Sozialdemokratie; aber im Grunde hält sie das freiheitliche Bürgertum für noch gefährlicher als alle „Genossen“. Gefährlicher nämlich für die Herrschaft der „Reinen, aber mächtigen Partei“. Nichts fürchtet sie so sehr wie die Möglichkeit, daß die Krone einmal den Liberalen die Regierung anvertraue. Dann könnte sich zeigen, daß es auch ohne das Junkertum geht, noch dazu besser als vorher. Diese Erfahrung könnte den Konservativen verhängnisvoll werden. Und deshalb setzen sie alle Kraft ein, um eine solche Probe zu verhindern. Will sagen, sie malen die Revolution beharrlich an die Wand, auf daß ein „starker Mann“, der nur ein Konservativer sein kann, die Politik in Bahnen lenke, auf denen dem Liberalismus jede Hoffnung schwinde.

So war es unter dem Grafen Caprivi. Der hatte nach dem Willen des Kaisers neue Handelsverträge durchgesetzt, die den Ueberzogenen mißfielen. Also haben sie ein obzerrühendes Geheiß gegen den „Umfürung“ an. Der Ministerpräsident Graf Behring erlaubte eine offenkundige Abrechnung des Bundes der Landwirte und führte sie dem Monarchen zu, nicht zu einer Verstellung gegen die Zollernführung, auch nein, dazu waren die Junker zu klug, sondern zum Angebot ihrer Hilfe für den Kampf gegen die Revolution. Dieser Kampf war immer nur Mittel zum Zweck. Caprivi war ein schlachter Soldat, der sich auf krumme Wege nicht verstand. Er hatte den „Mut der Kälteblütigkeit“. Also mußte er daran glauben. Das Ränkepiel hatte den beabsichtigten Erfolg, und der zweite Kanzler ging, des Amtes ledig, in die freie Schweiz.

Dasselbe Manöver, so plump es ist, hat sich dann mehrfach wiederholt. Immer, wenn ein Staatsmann den Konservativen nicht gänzlich zu willien war, erhob sich das Umsturzgeschrei. Oder es wurde das Verlangen nach Ausnahmemaßnahmen, nach Diktatur und Staatsrecht mehr oder minder unverblümt gestellt. Auf die Form kam es dabei nicht an. Der Sinn ist stets derselbe. Das eine Mal sollte es nur das Justizhausgesetz sein, das andre Mal nur ein Verbot des Streikpostens. Gegen Hohenzollern, gegen Bälou wurde dieselbe Fehde geführt wie jetzt gegen den Staatssekretär Delbrück. Gegen den „Umfürung“ soll mit Staatsanwalt, Schulmann und am liebsten mit Bajonetten und klauen Bohnen vorgegangen werden, damit nur nicht die Ansicht zur Geltung komme, daß man die Sozialdemokratie am ehesten mit zeitgemäßen Reformen und einer gerechten und vollstänlichen Obsehung überwinde. Diesen Gedanken hatte Fürst Bälou, als er dem Liberalismus Zugeständnisse machte, zumal als er die preußische Diktatur betrieb. Denselben Gedanken leitete Graf Polachowsky in die Formel, daß man die Sozialdemokratie mit Solonischer Weisheit, nicht mit Solinger Klagen bekämpfen müsse. Was wunder, daß jetzt die „Deutsche Tages-Zeitung“ fragt, ob Herr Delbrück immer noch wie Bälou und Polachowsky eine Bändelung der Sozialdemokratie von einem Verzicht auf besondere Maßnahmen gegen diese Partei erhoffe! Gegen seine Aufsehung müsse Einspruch erhoben werden, weil sie „nur zu gestaltung erkennen kann, unter der Flagge der „jüdischen“ Betrachtungsweise den dauernden und unerschütterlichen Gegensatz zwischen dem monarchisch-bürgerlichen Staat und der Sozialdemokratie im Bewußtsein unserer politischen Öffentlichkeit zurücktreten und vernichten zu lassen“.

Daß in Italien ein Sozialdemokrat Minister des Königs werden soll, wird von den Konservativen Preußen ebenso wenig in Betracht gezogen wie die Erklärung, die dieser Tage der Führer der sozialdemokratischen Fraktion im württembergischen Landtag abgegeben hat, daß seine Partei die bestehende (also die monarchische) Verfassung anerkenne und sich in ihrem Rahmen bewege. Die Rechte ist eifrig bemüht, eine solche Bändelung der Sozialdemokratie in Preußen zu verhindern, lieber mit Gewalt. Je reaktionärer die herrschende Politik, um so radikaler natürlich die Sozialdemokratie. Und die Konservativen brauchen eine radikale Sozialdemokratie, um die Reaktionen zu heftigen. Daher hat Herr v. Heydebrand vor nicht langer Zeit seine über die Auseinandersetzung mit Herrn v. Bethmann Hollweg über die „Umfürung“ geäußerte, obwohl, daher neuerdings der Antrag auf das Verbot des Streikpostens und nun die heftigen Angriffe auf den abtönenden Staatssekretär, Angriffe, die über dessen Haupt hinaus auf den Reichskanzler zielen.

Die Taktik ist durchsichtig. Die Konservativen trauen weder dem leitenden Staatsmann noch dem Staatssekretär des Innern, und deshalb predigen sie im angeleglichen Interesse der Monarchie die Obsehung gegen den „Umfürung“, während ihnen viel mehr als an der Zurückdrängung der Sozialdemokratie an der Hintertreibung einer wirksamen Verfassung im Reich und einer vernünftigen Wahlform in Preußen liegt. Die Sozialdemokratie schlagen sie, und den Liberalismus meinen sie, jedes Entgegenkommen gegen die Wünsche des freigewählten Bürgertums einschneidend der Rationalisten, und darum

kann sich der Staatssekretär Delbrück trösten. Es ist noch jeder Staatsmann bei den Konservativen in Ungnade gefallen, der nicht vorbehaltlos ihr willkürliches Verdict sein wollte, noch jeder Staatsmann, selbst Otto v. Bismarck nicht ausgenommen.

Admiral v. Hollmann †.

In der vergangenen Nacht ist in seiner hiesigen Wohnung der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral † a. la suite des Seeoffizierskorps, Fritz v. Hollmann, im Alter von 71 Jahren gestorben. Mit ihm ist einer der markantesten und angesehensten Persönlichkeiten der Reichshauptstadt ins Grab gesunken. Weit über militärische und Marinekreise hinaus bekannt, hat Admiral v. Hollmann bis in seinen letzten Stunden an allen Fragen des öffentlichen Lebens regen Anteil genommen. Von einer seltenen Zartheit und Initiative erfüllt, hat er vor allem auf dem Gebiete des öffentlichen Wohls gemeinnützige Werte in großem Umfange in die Wege geleitet und sich dadurch ein unvergängliches Verdienst erworben. Die Gründung des Seemanns-Erholungsheims Kaiser Wilhelm- und Auguste-Victoriaanstalt ist ganz sein Werk. Den Verein für Volkswohlfahrt hat er durch seine Tätigkeit in leitender Stellung, ebenso wie durch seine Beziehungen zur Industrie und Haus- und Finanzwelt gefördert und unterstützt. Ein Mann von geradem und aufrechtem Charakter, hat er nie die großen Verbindungen, die ihm zur Verfügung standen, mißbraucht. Seit langen Jahren war er in fester Freundschaft mit Kaiser Wilhelm II. verbunden, der keine Gelegenheit vorbegehen ließ, Admiral v. Hollmann zu sich heranzuziehen und ihn auszusprechen. Auch nach seinem Rücktritt vom Amt als Staatssekretär, den v. Hollmann, eine rühmliche Ausnahme im Deutschen Reiche, als notwendige Folge der Ablehnung der von ihm beantragten Verneuerung der Kreuzerflotte durch den Reichstag ansah, blieb er stets in der engsten Umgebung des Kaisers. Ob auch deshalb ihn der Kaiser in seiner stillen Wohnung in der Potsdamer Straße und Kamm, unter denen Professor Adolf Hornad nie fehlte, aber auch oft hervorragende Persönlichkeiten der Bankwelt und Industrie versammelten. Die enge geistige Gemeinschaft, die den Kaiser mit Hollmann verband, wurde am deutlichsten bemessen durch den eigenhändigen Brief, den der Kaiser gelegentlich der „Babel-Bibel“-Vorlage Professor Delbrück an Hollmann schrieb und in dem er seinen Gläubigendankpunkt bis ins einzelne darlegte. Der in den „Grenzboten“ veröffentlichte Brief wird ein wichtiges Dokument für die Lebensanschauungen des Kaisers sein.

Neben den Fragen des öffentlichen Wohls, waren es vor allem der Ausbau unserer Flotte und die Förderung der Luftschiffahrt, die sich Admiral v. Hollmann angelegen sein ließ. Mit zu den Gründen des Deutschen Flotten-Vereins gehörte, aber auch oft hervorragende Persönlichkeiten der Bankwelt und Industrie versammelten. Die enge geistige Gemeinschaft, die den Kaiser mit Hollmann verband, wurde am deutlichsten bemessen durch den eigenhändigen Brief, den der Kaiser gelegentlich der „Babel-Bibel“-Vorlage Professor Delbrück an Hollmann schrieb und in dem er seinen Gläubigendankpunkt bis ins einzelne darlegte. Der in den „Grenzboten“ veröffentlichte Brief wird ein wichtiges Dokument für die Lebensanschauungen des Kaisers sein.

Bekannt ist die Tätigkeit Hollmanns auch als Vorsitzenden des Ausschusses der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin. Kurz nach seinem Rücktritt vom Amt wurde er in den Ausschussrat der „A. E. G.“ gewählt, dessen Vorsitzender er dann nach dem Tode des Ministers Herrschfeld wurde. Ränkepolitik Anhang hat die Gesellschaft ihrem verstorbenen Vorsitzenden zu verdanken.

Ueberaus verdienstlich war auch Hollmanns Wirksamkeit in der Deutschen Orient-Gesellschaft, der er seit ihrer Begründung im J. 1888 angehörte und deren Geschäfte er seitdem mit größter Umsicht als Gesamtdirektor leitete. Er brachte den bedeutungsvollen wissenschaftlichen und nationalen Aufgaben, zu deren Erfüllung die Gesellschaft ins Leben gerufen war, nicht bloß volles Verständnis, sondern auch warme innere Teilnahme entgegen, und hat sich in mancher schwierigen Lage auch hier als geschickter Pilot erwiesen, das Unternehmen über äußere und innere Klippen glücklich hinwegzuführen. Mehr als einmal hat seine Ansehen und sein weitreichender persönlicher Einfluß Gemeinnütze aus dem Wege geräumt, die Staats- und Reichsbehörden zu ruhigerer Teilnahme angeleitet, die zögernde Beihilfe kapitalstarker Kreise beschleunigt. Immer nur der Sache dienend, rätend, fördernd, heilsam, hat er sich in den Annalen der Gesellschaft und darüber hinaus in der Geschichte der deutschen Orientforschung ein bleibendes Gedächtnis gesichert.

Die dienliche Laufbahn v. Hollmanns, an deren Ende er unter den schwierigsten Verhältnissen sechs Jahre lang an der Spitze des Reichsmarineamts tätig war, gestaltete sich folgendermaßen: Am 16. Juni 1857 in die Marine eingetreten, wurde Hollmann, der einer Berliner Kaufmannsfamilie angehörte, am 11. August 1863 zum Unterleutnant 2. E., am 16. September 1864 zum Leutnant 1. E., am 20. Februar 1868 zum Kapitänleutnant, am 17. Februar 1874 zum Korvettenkapitän ernannt und rückte am 15. Februar 1881 zum Kapitän zur See auf. In letzterer Charge war er längere Zeit Kommandeur der 1. Patrouillendivision im Kiel. 1886 wurde er Kapitän der Schiffsprüfungskommission, und 1887 Chef des Stabes der Admiralität unter General v. Caprivi. Nach seiner Ernennung zum Konteradmiral, die am 14. August 1888 erfolgte, wurde er Chef des Schulgeschwaders, mit dem er an Bord der Kreuzerregatta „Eisack“ längere Zeit im Mittelmeer war. 1889 war er als Chef des Uebungsgeschwaders an Bord des Panzerkreuzers „Ratze“. Im April 1890 wurde er als Nachfolger des Konteradmirals G. S. u. n. e. r. Staatssekretär des Reichsmarineamts. Auf diesem Posten war er, seit 1895 Admiral, bis zum März 1897 tätig, wo er nach der Ablehnung der Marineverordnungen im Reichstoge einen längeren Urlaub nahm. Von diesem letzten er nicht wieder in das Amt zurück, sondern nahm im Juni desselben Jahres seinen Abschied. An Kaisers Geburtstag 1905 erhielt er den Schwarzen Adlerorden, 1907 erhielt er, aus Anlaß seines 50-jährigen Dienstjubiläums, des Großkreuzes zum Roten Adlerorden mit Brillanten. Seit 1904 ist v. Hollmann Mitglied des preussischen Herrenhauses.

Die Beerdigung findet voraussichtlich am Freitag, 24. d. M., auf dem Generalfriedhof in Berlin statt. Die nähere Zeit ist noch nicht bestimmt.

Der türkische Nationalrat.

Der Nationalrat, der Fortschritt, die Nationalversammlung, oder wie man sonst die Körperschaft nennen will, die in Konstantinopel über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen entscheiden soll, ist keine vom Geisch vorgezeichnete Einrichtung der Türkei. Sie ragt aus früheren Vertrieben in die Verfassungsgeschichte hinein. Die Sultane mochten in Krieg oder Frieden an Männer von Rang, Erziehung oder schwerer Staatsangelegenheiten zu äußern. Es stand natürlich ganz in ihrem Belieben, dessen Meinung sie zu hören wünschten, und da sie unumstößlich herrschten, lag es auch in ihrem Ermessen, die Ratschläge anzunehmen oder zu verworfen. Es sei dem, daß die Angst vor Wandausfällen oder Entthronung ihnen eine bestimmte Haltung vordrängte. Es gab und gibt keine legislativen Bestimmungen hinsichtlich der Zusammenkunft des Nationalrats. Die Auswahl der Persönlichkeiten, die würdig erschienen werden, der Personalauswahl angehören, ist Sache der Einberufer, in diesem Falle also des Großwesirs. Es darf aus diesem Anlaß auf den großen Unterschied hingewiesen werden zwischen dem großen Fortschritt vom Januar 1877 und der Wadausammlung, die morgen in Konstantinopel zusammenzutreten soll. Damals bestand die Körperschaft aus 220 Mitgliedern, worunter sich 54 Christen befanden. Diese Christen waren Griechen und Armenier. Damals führte die Türkei Krieg gegen Serbien und Montenegro, die von Bulgaren bewohnten Provinzen standen in Aufruhr, Rußland drohte mit der Kriegserklärung, die wenige Monate später denn auch erfolgte. Griechen und Armenier waren eines Sinnes mit den Türken gegenüber den Slawen, und einstimmig verwarf die Versammlung die von den Konstantinopeler Besitzhäufern der Mächte ausgearbeiteten Friedensbedingungen, die demütigende Zumutungen stellten an die gegen Serbien und Montenegro siegreiche Türkei. Heute ist der Kreis, dem die Mitglieder des Nationalrats entnommen werden, weit enger gezogen. Ihre Zahl beträgt kaum die Hälfte der damaligen. Nur etwa hundert Personen werden um ihre Ansichten über die Londoner Friedensbedingungen befragt. Die Christen, soweit sie als solche eine gegenwärtige Haltung gegen die Türken beobachten, werden diesmal nicht zugezogen. Die paar christlichen Würdenträger von erprobter Staatsreue, wie z. B. der Minister des Auswärtigen Koradungian, sind im Sinne des muslimisch-christlichen Gegensatzes nicht als Vertreter der Christenheit zu betrachten. Die Einengung des Kreises der Ratsmitglieder geht aber noch weiter. Es ist im höchsten Grade bemerkenswert, daß die Männer, die sich als Minister jungtürkischer Richtung einen Namen weit über die Grenzen der Türkei gemacht haben, vom Nationalrat ausgeschlossen sind. Die innerpolitischen Zerwürfnisse zwischen den jetzigen Regierenden und den Führern der Partei für Einheit und Fortschritt fallen bei der Abfassung der Bedeutung dieses Ausschusses weniger ins Gewicht als die Ansichten, die der Nationalrat infolge der Nichtzulassung der Jungtürken bietet. Die verhältnismäßig geringe Mitgliederzahl im Verein mit dem Ausschluß der Jungtürken weist darauf hin, daß Kiamil Pascha und Koradungian sich verlässliche Männer ausgeguckt haben, von denen sie hoffen, daß sie ihnen keinen Strich durch die Rechnung machen werden. Kiamil und Koradungian sollen nach allem, was man hört, zum Friedensschluß selbst unter den größten Opfern bereit sein. Sie legen voraus, daß sie darin durch das Bestehen des Nationalrats Unterstützung erhalten werden. Unter diesen Umständen wäre der Nationalrat, als unbefangener Zuschauer, allerdings bloß eine kleine Komödie zum Zwecke der sogenannten Teilung der Verantwortlichkeiten. Von internationalen Standpunkt wäre ihm trotzdem Nützlichkeit nicht abzuzupacken. Ob auch vom inner türkischen Standpunkte, ist eine andere Frage. Der Nationalrat soll nach Kiamils Berechnung ein Schild für ihn gegen seine inneren Feinde, gegen die Jungtürken und die Militärpartei, werden, er soll drohende Revollen nach Möglichkeit hintanhaltend. Man wird wahrscheinlich nicht lange zu warten brauchen, um zu erfahren, ob und inwieweit der Nationalrat diese Aufgabe zu erfüllen vermag.

Konstantinopel, 20. Januar. Trotz der offiziellen Mitteilungen ist der Tag der Zusammenkunft der beratenden Versammlung noch nicht endgültig festgesetzt. Da der Minister rat morgen zusammenzutreten soll, könnte die Versammlung erst Mittwoch stattfinden. Die ratgebende Versammlung wird im Palais unter dem Vorsitz des Großwesirs tagen. Es werden an ihr die meisten Senatoren, die Präsidenten der Sectionen des Staatsrats, die Unterstaatssekretäre, die Sectionschefs der Minister für Justiz, Krieg und Marine und einige Direktoren des Departements der Räte teilnehmen. Das Beamtenelement scheint vorherrschend zu sollen. Soweit bisher bekannt ist, werden die bisherigen Großwesire und ehemaligen Minister der jungtürkischen Kabinete nicht eingeladen werden.

Das Blatt „Ifsam“ bekämpft den Plan des Zusammentritts einer ratgebenden Versammlung und meint, derartige Dromas seien vor dem verfassungsmäßigen Regime möglich gewesen, heute würde eine derartige Versammlung ungesetzlich sein und die Regierung von ihrer Verantwortung nicht erheben.

Konstantinopel, 20. Januar. Auf Einlaß der Sultans fanden sich heute der Thronfolger und einige andre kaiserliche Prinzen im Palais ein, um, wie verlautet, über die Lage zu beraten. Auch der Großwesir und einige Minister sind nachmittags in das Palais berufen worden.